

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Thomas Rachel, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Ilse Aigner, Dr. Maria Böhmer, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Norbert Hauser (Bonn), Dr.-Ing. Rainer Jork, Steffen Kampeter, Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelms-haven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Hans-Peter Repnik, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Zukunft der Spallations-Neutronenquelle (European Spallation Source – ESS) in Deutschland**

Die Neutronenstreuung ist eine der zukunftssträchigsten und unverzichtbaren Methoden für fast alle naturwissenschaftlichen Forschungsbereiche. Eine dafür grundlegende Frage ist die Versorgung der Forschung mit Neutronen, denn Neutronen werden in Zukunft knapp. Viele Forschungsreaktoren, die bisher Neutronen liefern, wurden schon oder werden in den kommenden Jahren aus Altersgründen abgeschaltet.

Alle Beteiligten stimmen weltweit darin überein, dass die künftigen Neutronenlieferanten gepulste Spallationsquellen sein müssen. Die Spallation schwerer Kerne durch Protonen aus Hochstrombeschleunigern bietet große Vorteile gegenüber der Kernspaltung in Reaktoren. Neben drastischen Erleichterungen bei Sicherheits- und Entsorgungsfragen sind in Spallationsquellen Spitzen-Neutronenflüsse zu erreichen, welche die Werte der leistungsstärksten Reaktoren um das 100fache übertreffen – eine Tatsache, mit der die Forschung mit Neutronen weite Gebiete wissenschaftlichen Neulands betreten wird.

Die Machbarkeit einer solchen Hochleistungs-Spallationsquelle (European Spallation Source – ESS) wurde durch eine von der EU geförderte Studie bestätigt, an der sich unter der Federführung des Forschungszentrums Jülich und des Rutherford-Appleton-Laboratory (GB) viele europäische Zentren und Universitäten beteiligt haben.

Für den Standort dieses modernen europäischen Großgerätes interessieren sich mehrere europäische Länder. Neben der wissenschaftlichen Ausstrahlung wird die Ansiedlung der ESS für die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt der betroffenen Region enorme Bedeutung haben. In Deutschland hat vor allem das Forschungszentrum Jülich intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit zur ESS geleistet und bietet sich auf Grund seiner wissenschaftlich-technischen Infrastruktur und seiner großen und vielfältigen Nutzergemeinde als Standort an. Als alternativen Standort hat das Hahn-Meitner-Institut in Berlin die Halle/Saale-Region in Sachsen-Anhalt ins Gespräch gebracht.

Derzeit arbeitet der Wissenschaftsrat an einer Evaluierung zu den geplanten Großforschungsgeräten in Deutschland, von der auch Empfehlungen zum Standort der ESS erwartet werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die europäische Vorreiterrolle in der Neutronenstreuung zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, nachdem die USA und Japan einer OECD-Empfehlung rasch gefolgt sind und bereits mit dem Bau von Spallationsquellen begonnen haben?
2. Wie ist die Haltung der Bundesregierung – unbeschadet von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates – zu dem Projekt „Europäische Spallations-Neutronenquelle“?
3. Was sind nach Meinung der Bundesregierung die Kriterien, nach denen sich die Regierungen der Europäischen Union bei der Auswahl des ESS-Sitzlandes richten sollten?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die für das Jahr 2003 geplante Entscheidung über den Standort für eine Europäische Spallationsquelle zugunsten Deutschlands zu beeinflussen?
5. Hat die Bundesregierung Interesse, sich für einen Bau der ESS in Deutschland einzusetzen?
6. Was sind aus der Sicht der Bundesregierung die Kriterien für eine Standortentscheidung innerhalb Deutschlands?
7. Wird die Bundesregierung, nachdem das Votum des Wissenschaftsrates erfolgt ist, einen deutschen Standortvorschlag machen und der EU unterbreiten, oder wird sie die vorhandenen deutschen Standortalternativen ohne Gewichtung an die EU weiterreichen?
8. Inwieweit ist es für die Auswahl des deutschen Standortes von Vorteil, wenn dieser über ein ausgewiesenes wissenschaftliches Umfeld und umfassende professionelle Erfahrung in Bau, Betrieb und Management von Großforschungsgeräten verfügt?
9. Wann wird sich die Bundesregierung auf ihren Standortvorschlag festlegen, wann wird in der EU eine Entscheidung getroffen, und wie stellt sich der Zeitplan für weitere Entscheidungen hinsichtlich Bau und Verwirklichung der ESS nach Ansicht der Bundesregierung dar?
10. Wird sich die Bundesregierung für die Aufnahme der ESS in das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm und für eine umfassende Finanzierung einsetzen?
11. Wie hoch werden die Kosten des ESS-Projektes sein, und welchen Anteil wird die EU, welchen Anteil wird Deutschland im Falle eines deutschen Standortes und welchen Anteil im Falle eines anderen europäischen Standortes übernehmen?
12. Welche Finanzmittel stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den nächsten Jahren zur Förderung der Forschung in diesem Bereich und der Etablierung der ESS zur Verfügung?
13. Welche anderen Großprojekte (z. B. ITER) in der europäischen Forschung werden bei der EU-Entscheidung über den ESS-Standort in einem Mitgliedsland ebenfalls mitberaten und -entschieden, und bei welchen anderen Forschungsprojekten hat Deutschland aus Sicht der Bundesregierung ebenfalls eigene nationale Interessen?

14. Wie gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang etwaige Interessenkollisionen mit anderen Großprojekten in der europäischen Forschung zu lösen?

Berlin, den 7. November 2001

**Thomas Rachel**  
**Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)**  
**Ilse Aigner**  
**Dr. Maria Böhmer**  
**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)**  
**Norbert Hauser (Bonn)**  
**Dr.-Ing. Rainer Jork**  
**Steffen Kampeter**  
**Werner Lensing**  
**Erich Maaß (Wilhelmshaven)**  
**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)**  
**Hans-Peter Replik**  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)**  
**Dr. Erika Schuchardt**  
**Bärbel Sothmann**  
**Angelika Volquartz**  
**Heinz Wiese (Ehingen)**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

